

Institut für Transurane in Karlsruhe

Hochbrisante Substanzen hinter Stahlbeton

Spätestens seit Fukushima sind die meisten hochsensibel, wenn es um das Thema Radioaktivität geht. Kein Wunder also, dass es gegen den Ausbau des Instituts für Transurane, ITU, im Kreis Karlsruhe Widerstand gibt. Ein Mediationsverfahren soll das ändern.


 ITU im Kreis
 Karlsruhe 

Eigentlich geht es den Wissenschaftlern darum, die Sicherheit beim Umgang und in der Lagerung von hochradioaktivem Material zu verbessern. Grundlagenforschung, auch im Hinblick auf neue Generationen von Kernreaktoren. Doch die Anwohner haben Angst. "Eine konkrete Angst", sagt SWR-Reporter Jürgen Essig, "immerhin lagern dort einige Mengen an radioaktivem Material." Bis zu 180 Kilogramm Plutonium sind beispielsweise erlaubt, 1000 Kilogramm natürliches Uran und 100 Kilogramm angereichertes Uran. Darüber hinaus noch andere strahlende Stoffe.

Wie sicher ist sicher?

50 Jahre ist das Institut alt und es soll jetzt einen neuen Laborbau bekommen - mit Schutzwänden aus 1,80 Meter dicken Stahlbeton. Das habe natürlich die Kritiker auf den Plan gerufen, so Essig: "Die haben gleich gesagt: dann ist das Ganze ja heute nicht sicher, wenn man den Neubau braucht." Die Betreiber versicherten zwar, dass der Komplex auch heute schon sicher sei. Man wolle sich aber auch gegen Flugzeugabstürze absichern.


 Bild
 vergrößern 

Forschung an Kernenergie 4.0

Der Hauptstreitpunkt sei, dass trotz geplantem Atomausstieg an Brennelementen für die "4. Generation" von Kernkraftwerken geforscht werde. "Doch es ist ja ein europäisches Institut, das heißt, selbst wenn Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, wird man das in anderen Ländern nicht tun", erklärt Jürgen Essig. Und genau damit würden die Wissenschaftler am ITU auch argumentieren.

Behörden und Betreiber leisten Überzeugungsarbeit


 Die Gegner haben vor allem die
 Gefahren im Blick 

Davon ließen sich die Anwohner bislang nicht überzeugen. Bürgerinitiativen haben gegen die Pläne demonstriert, der BUND wies auf die große Menge an radioaktivem Material hin, das dort gelagert wird und die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten stellte sich quer: Dort sagte der komplette Gemeinderat "nein" zum Bebauungsplan. "Dadurch ist dieser ganze Streit erst aufgekommen", sagt Jürgen Essig. Weder die baurechtliche noch die atomrechtliche Genehmigung sind bislang erteilt. Ein Mediationsverfahren soll Gegner und Befürworter einander näher bringen. Ein zweites "Stuttgart 21"? Jürgen Essig sagt: "Von der Öffentlichkeitswirksamkeit her kann man es mit Stuttgart 21 nicht vergleichen. Allerdings ist es in der Substanz - also in dem, um was es geht - ein

hochbrisantes Thema."

Simone Lafos

Letzte Änderung am: 26.09.2011, 14.04 Uhr

